

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Teilhabebericht Nordrhein-Westfalen“



Der Teilhabebericht ...

... ist eine gute Grundlage für einen neuen Aktionsplan. Er zeigt gerade zuletzt in vielen Lebensbereichen positive Veränderungen auf, weist aber auch auf weitere Herausforderungen hin. Wir wünschen uns klare inklusionspolitische Schwerpunktsetzungen dort, wo der dringlichste Handlungsbedarf ist: vor allem bei der Teilhabe an Arbeit. Dabei ist eine gute Einbindung der Behindertenverbände erforderlich.

... liefert erstmals eine empirische Datenlage zur Situation der Menschen mit Beeinträchtigungen. Der Teilhabebericht offenbart aber auch die vorhandenen Defizite, zum Beispiel bei der gesundheitlichen Versorgung und der Barrierefreiheit. Die Landesregierung muss daher mehr tun, damit die Inklusion endlich Wirklichkeit wird.

Die Datenlage ...

... zeigt, dass jeder Fünfte in NRW mit einer Beeinträchtigung lebt. Das sind rund 3,67 Millionen Menschen – also keine Randgruppe, sondern ein großer und auch weiter wachsender Teil in unserer älter werdenden Gesellschaft. Aber es ist auch klar geworden, dass wir ein noch präziseres Datenvolumen brauchen, damit Inklusionspolitik künftig zielgenauer ansetzen kann.

... rund um die Situation der Menschen mit Behinderung muss stetig verbessert werden. Deswegen müssen der Aktionsplan der Landesregierung, aber auch die Statistiken der Sozialgesetzbücher gezielt weiterentwickelt werden. Unabhängig davon muss aber kontinuierlich und weiter alles getan werden, um die Teilhabechancen der Menschen zu verbessern und eine inklusive Gesellschaft zu erreichen.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ...

... ist seit dem Jahr 2009 in Deutschland verbindlich. Ziel ist es und muss es bleiben, Menschen mit Beeinträchtigung die Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen. Dabei sind besonders die Themenfelder Bildung, Teilhabe an Arbeit, selbstständiges Wohnen, Mobilität und die gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Beeinträchtigungen zu verbessern.

... ist eine Mammutaufgabe. Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Wir müssen alle gemeinsam und stetig daran arbeiten, dass die Teilhabe von Menschen mit Behinderung uneingeschränkt und an allen Facetten des gesellschaftlichen Lebens möglich wird!

Die politische Debatte ...

... sollte dazu führen, das Leben der Menschen mit Behinderungen immer weiter zu verbessern. Sie gehören in die Mitte der Gesellschaft. Niemand sollte durch seine Beeinträchtigung benachteiligt werden. Bei der inklusionspolitischen Grundsatzdebatte müssen immer die betroffenen Menschen im Vordergrund stehen. Die politische Umsetzung der Inklusion ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe.

... um eine gute Politik für Menschen mit Beeinträchtigungen muss gemeinsam und im Konsens aller demokratischen Parteien erfolgen. Um die Teilhabechancen der Menschen zu erhöhen und ihren Bedürfnissen Rechnung zu tragen, müssen alle politisch Verantwortlichen zusammenarbeiten. Nur so können wir eine inklusive und barrierefreie Gesellschaft schaffen.



... zeigt deutlich, dass sich in den letzten Jahren in vielen Lebensbereichen positive Veränderungen ergeben haben. Er veranschaulicht ebenso die Herausforderungen, die noch zu meistern sind. Wir wollen zusammen mit den Verbänden und Selbstorganisationen einen neuen Aktionsplan erstellen. Wir setzen auf anerkannte, bewährte und verlässliche Strukturen und wollen gleichzeitig Neues entstehen lassen.

... zeigt auf, in welchen Bereichen besondere Herausforderungen bestehen. So ist die Zahl der langzeitarbeitslosen Menschen mit Schwerbehinderung weiter angestiegen, ebenso wie die durchschnittliche Dauer ihrer Arbeitslosigkeit. Zugleich ist aber auch die Zahl der Beschäftigten mit Schwerbehinderung in diesem Jahrzehnt um rund 25 % angestiegen. Dies zeigt die Bedeutung der Teilhabe an Erwerbsarbeit.

... hat die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen zum Ziel. Wir Freie Demokraten unterstützen das Ziel und setzen dabei auf eine realistische Inklusionspolitik. Wir wollen mehr Menschen in den ersten Arbeitsmarkt bringen und die Wahlfreiheit beim Wohnen erhalten. Die von Rot-Grün an der Lebenswirklichkeit vorbei geplante schulische Inklusion haben wir hingegen korrigiert.

... ist unter den demokratischen Fraktionen geprägt von dem gemeinsamen Ziel, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Dabei streiten wir um den besten Weg sowie um die richtigen Instrumente und Schwerpunkte. Wir werden auch Anregungen aus der Anhörung aufgreifen wie gute Beispiele für die Inklusion im Arbeitsmarkt und eine verstärkte Information zum Persönlichen Budget.



... zur Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen zeigt, dass trotz einiger Fortschritte die bisherigen Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen, um eine selbstbestimmte Teilhabe zu erreichen. Besonders dramatisch ist die Situation von Mädchen und Frauen mit Behinderungen. Deren Risiko, Opfer von Gewalt zu werden, ist um ein Vielfaches höher als bei Frauen und Mädchen ohne Behinderungen.

... ist in vielen Bereichen noch sehr lückenhaft. Insbesondere Menschen mit Behinderungen, die in stationären Einrichtungen leben oder einen besonderen Kommunikationsbedarf haben, sind im Bericht unterrepräsentiert oder werden gar nicht erfasst. Doch gerade sie sind besonders stark von Einschränkungen in ihren Teilhabemöglichkeiten betroffen.

... ist dringend notwendig, um die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen und ihre Menschenrechte aktiv zu verwirklichen. Der angekündigte Aktionsplan muss unbedingt konkrete Maßnahmen inklusive Zeitplan festlegen, damit er tatsächlich umgesetzt wird und etwas bewirkt.

... muss unter der intensiven Einbeziehung der Betroffenen geführt werden. Gesellschaftliche Teilhabe ernst nehmen heißt, Menschen mit Behinderung auch an politischen Entscheidungsprozessen ebenbürtig zu beteiligen. Dies schließt den selbstverständlichen Zugang zu Ämtern und Mandaten ein. Eine alleinige Beratung im Inklusionsbeirat reicht dabei nicht aus.



... ist ein wichtiges und wertvolles Werkzeug, um Benachteiligungen insbesondere für diejenigen in der Gesellschaft, die unser aller Beistand und Fürsorge bedürfen, anzugehen und abbauen zu können. Er ist sicherlich in einigen Teilen noch lückenhaft, weshalb auch künftig an seiner Weiterentwicklung gearbeitet werden muss.

... ist in manchen Bereichen erfreulich gut, in anderen – beispielsweise, was chronisch Kranke betrifft – noch deutlich ausbaubar. Viele Entscheidungen beruhen noch auf Augenmaß und persönlichen Erfahrungen, aber nur eine wirklich evidente Datenbasis erlaubt die Erarbeitung sinnvoller politischer Maßnahmen.

... ist in Deutschland erfreulich weit vorangeschritten, was ich sehr begrüße. Gleichwohl gibt es noch Gebiete mit deutlichem Verbesserungspotential. Vorrangig zu nennen ist die in dem Bericht bereits offen eingeräumte unzureichende Datenlage. Jeder Fortschritt an dieser Stelle ermöglicht die Entwicklung weiterer Konzepte auf dem Weg zu einer gerechten Teilhabepolitik.

... empfinde ich an dieser Stelle als selten einig – offenkundig sind alle Parteien bemüht, die Lebensqualität der Menschen mit Beeinträchtigungen in diesem Land zu verbessern. Lediglich die Perspektive des Blicks unterscheidet sich je nach politischer Betrachtungsweise; aber das erfrischt eine Debatte und hilft damit sogar, ein am Ende optimiertes Ergebnis zu erzielen.